

# Bekanntmachung der Stadt Ratzeburg

## Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Gemeindewahl am 14. Mai 2023

---

### 1. Wahltag

Die Wahl zur Gemeindevertretung (Stadtvertretung) der Stadt Ratzeburg findet am Sonntag, den 14. Mai 2023, zusammen mit der Wahl zum Kreistag statt.

### 2. Einteilung des Wahlgebietes

Wahlgebiet ist das Gebiet der Stadt Ratzeburg. Der Gemeindewahlausschuss für die Stadt Ratzeburg hat in seiner Sitzung am 30.03.2022 das Wahlgebiet in 12 Wahlkreise eingeteilt. Die Wahlkreiseinteilung wird gemäß der Hauptsatzung der Stadt Ratzeburg i. V. m. §§ 6 Abs. 3 und 87 Abs. 1 der Landesverordnung über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlordnung - GKWO -) im Internet bekannt gemacht.

### 3. Anzahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter

Gemäß § 8 des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG -) sind insgesamt 23 Vertreterinnen und Vertreter in die Gemeindevertretung der Stadt Ratzeburg zu wählen; davon 12 Vertreterinnen und Vertreter durch Mehrheitswahl (unmittelbare Vertreterinnen oder Vertreter) und 11 Vertreterinnen oder Vertreter durch Verhältnisausgleich (Listenvertreterinnen oder -vertreter).

### 4. Wahlvorschläge

- 4.1 Gemäß § 19 GKWG und § 22 GKWO fordere ich hiermit für die Gemeindewahl in der Stadt Ratzeburg zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl der unmittelbaren Vertreterinnen oder Vertreter (unmittelbare Wahlvorschläge) und für die Wahl der Listenvertreterinnen oder -vertreter (Listenwahlvorschläge) auf.

Die Wahlvorschläge müssen

**spätestens am 20. März 2023 (55. Tag vor der Wahl) bis 18:00 Uhr**

beim Gemeindewahlleiter, Unter den Linden 1, 23909 Ratzeburg, eingereicht werden.

Da mit diesem Termin eine **Ausschlussfrist** abläuft, empfehle ich, die Wahlvorschläge nach Möglichkeit so frühzeitig vor diesem Termin einzureichen, dass Mängel, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge betreffen, rechtzeitig behoben werden können.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 6 GKWG sind neben den Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes auch alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger wählbar.

#### 4.2 **Wahlvorschläge für die Wahl der unmittelbaren Vertreterinnen oder Vertreter** (unmittelbare Wahlvorschläge) können einreichen:

- a) Parteien im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes (politische Parteien),
- b) Wahlberechtigte, die sich zu einer Gruppe zusammenschließen (Wählergruppen),
- c) Wahlberechtigte.

In jedem Wahlkreis wird **eine** unmittelbare Vertreterin oder **ein** unmittelbarer Vertreter gewählt (§ 9 Abs. 3 GKWG).

Ein unmittelbarer Wahlvorschlag darf nur den Namen **einer** Bewerberin oder **eines** Bewerbers enthalten und soll nach dem Muster der **Anlage 8** zur GKWO eingereicht werden. Parteien und Wählergruppen dürfen in einem Wahlkreis nicht mehr unmittelbare Wahlvorschläge einreichen, als unmittelbare Bewerberinnen oder Bewerber in dem Wahlkreis zu wählen sind.

#### 4.3. **Wahlvorschläge für die Wahl der Listenvertreterinnen oder Listenvertreter** (Listenwahlvorschläge) können nur politische Parteien und Wählergruppen einreichen, und zwar für das Wahlgebiet nur **einen** Listenwahlvorschlag nach dem Muster der **Anlage 9** zur GKWO. Die Anzahl der Bewerberinnen oder Bewerber auf dem Listenwahlvorschlag ist nicht begrenzt. Die Verbindung von Listenwahlvorschlägen ist unzulässig. Weder politische Parteien noch Wählergruppen noch politische Parteien und Wählergruppen können gemeinsame Wahlvorschläge einreichen.

Auf dem Listenwahlvorschlag sind die Bewerberinnen und Bewerber in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Fehlt diese Reihenfolge, so gilt die alphabetische Reihenfolge der Familiennamen und bei gleichen Familiennamen die der Vornamen.

Innerhalb eines Wahlgebietes kann eine Bewerberin oder ein Bewerber sowohl in einem unmittelbaren Wahlvorschlag als auch in einem Listenwahlvorschlag benannt werden (§ 18 Abs. 4 GKWG).

#### 4.4. **Der Wahlvorschlag muss enthalten:**

- a) den Familiennamen, den Vornamen (bei mehreren Vornamen den oder die Rufnamen), den Beruf oder Stand, das Geburtsdatum, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift (Hauptwohnung) jeder Bewerberin und jedes Bewerbers,
- b) bei Wahlvorschlägen von Parteien oder Wählergruppen - den Namen der einreichenden Partei oder Wählergruppe, - und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese.

Hiervon ist nur abzuweichen, wenn ein Zusatz zur Unterscheidung von einem früher eingereichten Wahlvorschlag erforderlich ist (§ 20 Abs. 1 Satz 2 GKWG, § 23 Abs. 2 Nr. 2 GKWO).

- c) Der Wahlvorschlag soll ferner Namen und Anschriften der Vertrauenspersonen und der stellvertretenden Vertrauenspersonen (§ 22 GKWO) enthalten.

#### 4.5. Dem Wahlvorschlag sind beizufügen:

- a) Von jeder vorgeschlagenen Bewerberin und jedem vorgeschlagenen Bewerber die schriftliche **Erklärung** nach dem Muster der **Anlage 12** zur GKWO, in der enthalten sind:
  - die Zustimmung zum Wahlvorschlag und,
  - Angaben über die berufliche Tätigkeit, soweit sie für die Vereinbarkeit mit dem angestrebten Mandat von Bedeutung ist;
- b) für jede vorgeschlagene Bewerberin und jeden vorgeschlagenen Bewerber eine **Bescheinigung** der zuständigen Gemeindegewahlleiterin oder des zuständigen Gemeindegewahlleiters nach dem Muster der **Anlage 14** zur GKWO, dass die Bewerberin oder der Bewerber **wählbar** ist;
- c) von jeder vorgeschlagenen Bewerberin und jedem vorgeschlagenen Bewerber, die oder der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, eine **Versicherung an Eides Statt** nach dem Muster der **Anlage 15** zur GKWO, dass sie oder er infolge einer zivilrechtlichen Einzelfallentscheidung oder einer strafrechtlichen Entscheidung im Herkunftsmitgliedstaat von der Wählbarkeit nicht ausgeschlossen ist;
- d) im Falle eines Wahlvorschlags einer Partei oder Wählergruppe eine **Erklärung** der Leiterin oder des Leiters der Versammlung über die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber nach dem Muster der **Anlage 17** zur GKWO; diese Erklärung kann für mehrere Bewerberinnen und Bewerber gemeinsam in einer Ausfertigung eingereicht werden.

Tritt eine Bewerberin oder ein Bewerber sowohl in einem unmittelbaren Wahlvorschlag als auch im Listenwahlvorschlag derselben Partei oder Wählergruppe auf, genügt es, wenn die sich auf beide Wahlvorschläge beziehende Erklärung nach Buchstabe a), die Bescheinigung nach Buchstabe b) und die Versicherung an Eides Statt nach Buchstabe c) nur dem unmittelbaren Wahlvorschlag beigelegt werden.

#### 4.6. Mit dem Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe, die nicht mit mindestens einer oder einem für sie in Schleswig-Holstein aufgestellten und gewählten Vertreterin oder Vertreter im Deutschen Bundestag, im Schleswig-Holsteinischen Landtag, im Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg oder in der Stadtvertretung der Stadt Ratzeburg vertreten ist, sind außerdem einzureichen:

- a) die Satzung der Partei oder Wählergruppe,
- b) das für die Partei oder Wählergruppe geltende Programm,
- c) der Nachweis, dass der nach der Satzung für das Wahlgebiet oder für das Gebiet des Landes zuständige Vorstand der Partei oder Wählergruppe nach demokratischen Grundsätzen gewählt worden ist; der Nachweis ist durch Vorlage einer beglaubigten Abschrift der bei der Wahl gefertigten Niederschrift oder einer schriftlichen Erklärung mehrerer bei der Wahl anwesender Personen zu führen.

Die Unterlagen sind dem Gemeindevahllleiter in einfacher Ausfertigung einzureichen. Sie gelten dann als Beifügung für alle von der Partei oder Wählergruppe eingereichten Gemeindevahlvorschläge. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn eine Bestätigung des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten nach § 26 GKWO vorliegt.

Der Satzung der Partei oder Wählergruppe ist zu entnehmen, welches Organ als Leitung der für das Wahlgebiet örtlich bestehenden Gliederung der Partei oder Wählergruppe im Sinne des § 21 Satz 1 GKWG zuständig und somit zur Unterzeichnung des Wahlvorschlages befugt ist.

Für Wahlgebiete ohne örtliche Gliederung im Sinne des vorstehenden Satzes ist die Zuständigkeit aufgrund der Satzung festzustellen; im Zweifelsfall gilt das satzungsgemäße Organ der nächsten übergeordneten Gliederungsstufe als zeichnungsbefugt.

Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung gibt gemäß § 26 Abs. 1 GKWO die Parteien und Wählergruppen bekannt, die ihm die in § 25 Abs. 2 GKWO genannten Unterlagen unmittelbar eingereicht haben. Die Unterlagen sind dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung spätestens zehn Wochen vor der Wahl mit dem Antrag auf Bestätigung einzureichen. Die Bekanntmachung gilt als Bestätigung für alle von der Partei oder Wählergruppe eingereichten Wahlvorschläge.

- 4.7. Tritt eine Bewerberin oder ein Bewerber in einem unmittelbaren Wahlvorschlag und in einem Listenwahlvorschlag auf (§ 18 Abs. 4 GKWG), soll in den einzelnen Wahlvorschlägen darauf hingewiesen werden.
- 4.8. Bewerberinnen und Bewerber, die innerhalb des Wahlgebiets zur Gemeindevahl auf mehreren unmittelbaren Wahlvorschlägen oder auf mehreren Listenwahlvorschlägen benannt sind, können nicht zugelassen werden (§ 24 Abs. 2 GKWO).
- 4.9. Im Übrigen wird auf das GKWG vom 19.03.1997 (GVOBl. Schl.-H. 1997, S. 151) in der Fassung vom 22.04.2021 (GVOBl. Schl.-H. 2021, S. 430) und die GKWO vom 02.12.2009 (GVOBl. Schl.-H. 2009, S. 747) in der Fassung vom 01.10.2020 (GVOBl. Schl.-H. 2020, S. 721) sowie auf § 31 a Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. 2003, S. 94) in der Fassung vom 04.03.2022 (GVOBl. Schl.-H. 2022, S. 153) verwiesen.
- 4.10. Die erforderlichen, den geltenden amtlichen Mustern entsprechenden Vordrucke für die Einreichung von Gemeindevahlvorschlägen können beim Gemeindevahllleiter der Stadt Ratzeburg, Unter den Linden 1, 23909 Ratzeburg persönlich, schriftlich oder per E-Mail unter [wahlen@ratzeburg.de](mailto:wahlen@ratzeburg.de) kostenfrei angefordert werden.

Überdies können die Wahlvorschläge im Wahlvorschlagsportal des Landes Schleswig-Holstein unter <https://sh.wahlvorschlag.online> digital erfasst, verwaltet, heruntergeladen und ausgedruckt werden.

*(Achtung: Auch bei Nutzung des Wahlvorschlagsportals ist der Wahlvorschlag mit sämtlichen Anlagen weiterhin vollständig ausgefüllt und unterschrieben bis spätestens 20. März 2023, 18:00 Uhr in Papierform einzureichen.)*

Die wahlrechtlichen Bestimmungen sind zwingende Vorschriften. Alle Fristen sind Ausschlussfristen. Sie sind deshalb bei der Aufstellung und Einreichung von Wahlvorschlägen genau zu befolgen. Die Verantwortung für die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der

Wahlvorschläge obliegt allein den vorschlagenden Parteien, Wählergruppen und Wahlberechtigten.

Ratzeburg, 02.01.2023

Stadt Ratzeburg  
Der Bürgermeister als Gemeindevorstand

gez.  
Eckhard Graf